

Patientenorientierung in München

Einrichtung eines Patientenbeauftragten

Antrag Nr. 14-20/ A 00167 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN-RL
vom 07.08.2014
Finanzierungsbeschluss

3 Anlagen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06002

**Beschluss des Gesundheitsausschusses
vom 13.10.2016 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

wie in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.09.2016 (Anlage 1).

Der Ausschuss hat die Sitzungsvorlage am 22.09.2016 auf den Gesundheitsausschuss am 13.10.2016 vertagt mit der Maßgabe, dass vom Gesundheitsladen München e.V. eine Stellungnahme zur Einrichtung einer Patientenbeauftragten/ eines Patientenbeauftragten für die Landeshauptstadt München einzuholen ist. Gleichzeitig wurde von der Fraktion DIE LINKE ein Änderungsantrag zur Patientenorientierung in München eingebracht (Anlage 2).

Die Stellungnahme vom Gesundheitsladen München e.V. zur Einrichtung einer Patientenbeauftragten/ eines Patientenbeauftragten für die Landeshauptstadt München ist als Anlage 3 beigefügt.

Im Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE vom 22.09.2016 wird anstelle einer zweijährlichen eine einjährige Berichterstattung zur Patientenorientierung in München befürwortet, welche die Teilberichte der kommunalen Patientenbeauftragten bzw. des kommunalen Patientenbeauftragten sowie der Patientenfürsprache umfasst. Zudem soll weiterhin der Originalbericht der Patientenfürsprache dem Stadtrat bekannt gegeben werden.

Zu diesem Änderungsantrag nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt wie folgt Stellung:

Der Bericht zur Patientenorientierung sieht eine umfassende Analyse der Belange der Patientinnen und Patienten in ambulanten, teilstationären und stationären

Gesundheitseinrichtungen vor. Hierzu bedarf es einer umfassende Abfrage aller Patientenberatungsstellen in München. Dies wiederum erfordert die Mitarbeit von diesen und eine relativ große Vorbereitungszeit. Vor diesem Hintergrund ist eine einjährige Berichterstattung zur Patientenorientierung in München zeitlich nicht umsetzbar. Selbstverständlich besteht aber jederzeit die Möglichkeit, dass das RGU politisch brisante oder hochaktuelle Problemstellungen in den Gesundheitseinrichtungen losgelöst vom Bericht zur Patientenorientierung dem Stadtrat unmittelbar berichtet.


Die Berichterstattung über die Arbeit der Patientenfürsprache soll ein Teil des Berichtes zur Patientenorientierung werden, um umfassend die Patientenbelange in den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen zusammenzutragen und darzustellen. Wie in der Vorlage vom 22.09.2016 dargestellt (siehe Seite 7), plant das RGU den Bericht der Patientenfürsprache zu ändern und insgesamt informativer und aussagekräftiger zu gestalten. Dieser Teilbericht soll im Original an den Bericht zur Patientenorientierung angehängt werden.


Über die Stadtratsberichterstattung hinaus, steht das Referat für Gesundheit und Umwelt im engen und regelmäßigen Kontakt mit den Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprechern. Im Rahmen dieses Austausches übermittelt die Patienten-fürsprache jährlich einen Überblick über Anliegen und Beschwerden bezogen auf die einzelnen städtischen Kliniken, der auch der Städtischen Klinikum München GmbH zur Verfügung gestellt wird.

Vor diesem Hintergrund hält das RGU entgegen dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eine zweijährliche Berichterstattung zur Patientenorientierung in München für richtig und zielführend.

Anhörung des Bezirksausschusses




In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Sitzungsvorlage wurde am 22.09.2016 auf die Sitzung des Gesundheitsausschusses  13.10.2016 vertagt. Aufgrund der kurzfristigen Vertagung ist ein Nachtrag erforderlich.

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Sabine Krieger, der zuständige Verwaltungsbeirat, Herr Dr. Ingo Mittermaier, sowie das Direktorium, das Personal- und Organisationsreferat, die Stadtkämmerei, das Sozialreferat und  Kommunalreferat haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Der Vortrag der Referentin wird vom Gesundheitsausschuss zur Kenntnis genommen.

2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, eine Stelle einer kommunalen Patientenbeauftragten bzw. eines kommunalen Patientenbeauftragten einzurichten.
3. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, einen zweijährlichen ganzheitlichen und umfassenden Bericht zur Patientenorientierung dem Stadtrat vorzulegen, welcher die Teilberichte der kommunalen Patientenbeauftragten bzw. des kommunalen Patientenbeauftragten sowie der Patientenfürsprache umfasst.
4. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, formal die Ombudsstelle für den Bereich der städtischen Einrichtungen im Gesundheitsbereich beim Münchner Gesundheitsladen e.V. einzustellen und die Aufgaben im Dreijahresvertrag der Zuschussförderung entsprechend anzupassen.
5. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die Einrichtung von 2 Stellen (2,0 VZÄ) im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Die Stellenbesetzung soll ab dem 01.01.2017 erfolgen.
6. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die ab 2017 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für die Personalauszahlungen in Höhe von 139.500 € zum Haushalt 2017 bei der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat anzumelden.
7. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Sachauszahlungen in Höhe von 5.000 € zum Haushalt 2017 bei der Stadtkämmerei zumelden.
8. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für die Sachauszahlungen in Höhe von 11.600 € zum Haushalt 2017 bei der Stadtkämmerei zumelden.
9. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamtinnen/Beamten zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.
10. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, zum Haushalt 2017 im investiven Bereich bei Finanzposition 5100.935.9330.7 Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände (Pauschale) 4.740 € anzumelden.
11. Der Antrag Nr.14-20 / A 00167 ist damit geschäftsordnungsgemäß ndigt.

12. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit II. (Beglaubigungen)
über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).